

An die
Geschäftsstelle Gemeinderat
Wilhelmstraße 11
71638 Ludwigsburg

Vorl.Nr. 3 8 4 / 23

Antrag:

1. Die Träger AWO, Caritas und Rotes Kreuz werden ab dem Jahr 2024 mit einem jährlichen Zuschuss von je 30.000 € befristet auf 3 Jahre unterstützt zur Deckung der Kosten der Migrationsberatung (MBE).
2. Die Stadt Ludwigsburg wird beauftragt mit dem Landkreis auszuhandeln, wie der künftige Abmangel in der Migrationsberatung im Landkreis, über alle Träger hinweg, künftig getragen werden kann. Dabei gilt zu bedenken, dass eine Mischfinanzierung zwischen Landkreis und Wohnsitz Kommune, der zu Beratenden als Option berücksichtigt werden sollte
3. Sollte es vom Landkreis keine Kostenübernahme geben, würde entsprechend der Beratungszahlen eine Kostenbeteiligung der jeweiligen Wohnsitz Gemeinde als weitere Option zu Verfügung stehen.
Für Ludwigsburg bedeutet dieses, dass bis zu 30 000€ (ein Drittel aller Beratungsfälle) als zusätzliche Kosten im Haushaltsjahr 2024 anfallen könnten. Sollte der Zuschuss des Bundes höher ausfallen als erwartet, reduziert sich der Beitrag der Stadt und des Landkreises entsprechend.

Begründung:

Die Träger Caritas, AWO und Rotes Kreuz betreiben gemeinsam das Migrationszentrum in Ludwigsburg. Als einziges im Land wird das Ludwigsburger Zentrum von den Trägern gemeinsam getragen. Das Migrationszentrum ist gut vernetzt mit weiteren Akteuren in Ludwigsburg und etabliert bei den Klienten. Mit insgesamt 5,3 Stellen werden dort Migranten beraten zu den Themen Schule und Sprachkurse, Anträge und Ämter, Familie und Persönliches sowie zu den Themen Ausbildung und Beruf, dabei unter anderem zur Anerkennung von Berufsabschlüssen und die Orientierung im Berufsleben. Die beratenen Migranten kommen aus Ländern in Europa, aber auch außerhalb von Europa. Es handelt sich ganz überwiegend um Menschen, die legal mit dem Ziel der Arbeitsaufnahme einwandern. Zielgruppe sind nicht die Geflüchteten in den Unterkünften.

Der Bund hat bisher die Stellen bei den freien Trägern finanziert. Die neuen Förderungsrichtlinien die 2024 in Kraft treten, sehen keine Vollfinanzierung mehr vor. Mit dem Haushalt 2024 hat der Bund nun Kürzungen in diesem Bereich in Höhe von ca. 30% beschlossen. Trotz großer Anstrengungen der Träger auf allen Ebenen sowie einem unterstützenden Brief der meisten Bürgermeister aus dem Landkreis, organisiert durch Erste Bürgermeisterin Schmetz, konnten die Kürzungen bisher nicht abgewendet werden.



Die wichtige Arbeit der Migrationsberatung ist in Gefahr, da die Träger diesen weiteren Eigenanteil, der durch die Kürzungen entsteht, nicht alleine tragen können. Vor dem Hintergrund des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes und weiterer geplanter Arbeitsmarkterleichterungen des Bundes sind diese Kürzungen vollkommen unverständlich. Wir sehen die Arbeit in den Migrationsberatungen als unerlässlich an und möchten unsere lokalen Träger unterstützen, sodass das Angebot aufrechterhalten werden kann.

Laut Auskunft der Träger kommen 1/3 der Beratenen aus Ludwigsburg, der Rest kommt aus dem übrigen Landkreis.

Das Defizit der Träger insgesamt beläuft sich im Jahr 2024 auf 90.000 €.

Deckungsvorschlag:

Als Gegenfinanzierung wird vorgeschlagen, dass diese Summe aus der Deckungsreserve des städtischen Haushalts getragen wird.

Reinhardt Weiss
Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler Ludwigsburg

Ludwigsburg 22.11.2023